

NRW-Vergaberecht den Erfordernissen des Konjunkturpakets II anpassen (Plenarsitzung vom 30.01.2009)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Priggen. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel* (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren, bevor Sie sich streiten, wer da ist und wer nicht, will ich Ihnen sagen: Die Linke ist zu 100 % da.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Es hören aber nicht so viele zu, Rüdiger!)

Ich stehe nämlich mal wieder vor Ihnen.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Das ist die Realität. – Ich muss allerdings konstatieren, dass der SPD-Antrag aus meiner Sicht überflüssig ist, denn er geht an den Realitäten vorbei.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Es ist die Frage, wie viel überflüssig!)

Bei diesem Konjunkturprogramm geht es doch um ganz andere Dinge. Denn die Große Koalition von CDU und SPD in Berlin hat viel zu lange gezögert, dieses Programm aufzulegen. Sie hat viel zu lange die Auswirkungen dieser Finanzkrise auf die Realwirtschaft ignoriert.

Jetzt hat die Koalition ein Programm aufgelegt, das zu verpuffen droht. Es kommt auch viel zu spät, selbst wenn heute – wie ich das gehört habe – in den frühen Morgenstunden wohl eine Einigung erzielt worden ist. 2,8 Milliarden € sollen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bekommen. Ich bin sehr gespannt, wie unbürokratisch das Geld tatsächlich ausgezahlt wird.

Fakt ist jedenfalls: Gerade die ärmeren und sozial schlechter gestellten Menschen in unserem Land werden von diesem Programm und diesem Paket nicht profitieren. Das ist die Realität. Die „Steuerschenkungen“, die in diesem Paket beschlossen ist, geht vor allem zulasten derjenigen, die sich

in der unteren Einkommensskala befinden. Die Reichen profitieren erneut. Das ist die Politik, die SPD und CDU gemeinsam machen; übrigens ähnlich wie bei dem Tagesordnungspunkt vorhin zu dem Thema WestLB: Auch da haben wir das schon erlebt.

Dieses Programm hat eine schwere soziale Schieflage. Geringverdiener, Rentnerinnen und Rentner und Bezieher von Sozialleistungen gehen weitgehend leer aus – das ist das Resultat dieses Konjunkturprogramms –, werden auf der anderen Seite jedoch am Ende die Lasten zu tragen haben. Denn für die Milliarden, die dort von den Bankern und den „Nieten in Nadelstreifen“ verzockt worden sind, werden mal wieder die Bürgerinnen und Bürger aufkommen müssen. Sie werden letztlich mit höheren Steuern und Abgaben diese Politik zu bezahlen haben.

Wir haben es schon Anfang des Jahres erlebt. Die Krankenhausbeiträge sind deutlich gestiegen. Die Leute haben ab dem 1. Januar weniger Geld im Portemonnaie. Schon in der Vergangenheit haben CDU und SPD die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte erhöht. Einen Haushalt mit zwei Kindern kostet allein diese Steuer im Monat 200 € mehr.

Das ist Ihre Politik. Sie geht zulasten der ärmeren und der sozial schlechter gestellten Menschen. Das ist – leider – genau das Gegenteil von dem, was in diesem Land passieren müsste.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Jetzt hat Frau Ministerin Thoben das Wort.